

Infobrief der Kanzlei Uhl

Konrad-Adenauer-Allee 25
86150 Augsburg
Telefon: 0821/3 55 30
Fax: 0821/51 26 82
E-Mail: info@raau.de
Homepage: www.raau.de
oder www.rechtsanwalt-uhl.de

Datum: 20.07.2023

Grundlagenpapier der Antidiskriminierungsstelle

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes legte aktuell ein Grundlagenpapier zur Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) vor.

Dieses können Sie sich unter nachfolgender Adresse anschauen bzw. herunterladen:

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/Sonstiges/2023/0718_AGG_Reform.html?nn=305458

Die Behördenleitung, Frau Ataman, hat hier folgende **Vorschläge**:

1. Mehr Menschen vor Diskriminierung schützen – Diskriminierungsmerkmale erweitern
2. Schutz vor Diskriminierung auf staatliche Stellen ausweiten
3. Schutz vor sexueller Belästigung stärken
4. Schutz vor Diskriminierung durch künstliche Intelligenz ins AGG aufnehmen
5. Menschen mit Behinderungen besser vor Diskriminierung schützen
6. Schutz vor Diskriminierung bei allen Arten von Arbeit
7. „Kirchenklausel“ europarechtskonform gestalten
8. Schutz vor Diskriminierung wegen des Alters stärken

9. Rechtsklarheit für Unternehmen schaffen – Mindeststandards für Beschwerdestellen etablieren
10. Vielfalt in öffentlichen Stellen des Bundes fördern
11. Schutz vor Diskriminierung im Geschäftsverkehr stärken – Beschränkung auf Massengeschäfte streichen
12. Diskriminierungsschutz auf dem Wohnungsmarkt stärken
13. Diskriminierungsschutz bei Versicherungsverträgen verbessern
14. Frist zur Rechtsdurchsetzung verlängern
15. Nachweis von Diskriminierung erleichtern
16. Entschädigungen wirksam und abschreckend gestalten
17. Betroffene entlasten – Verbandsklagerecht einführen
18. Rechtssicherheit schaffen – altruistisches Klagerecht einrichten
19. Gerichte entlasten – Schlichtungsverfahren einführen

Zu jedem einzelnen Punkt können Sie in diesem Grundlagenpapier noch nähere Hinweise lesen.

Fazit:

Die Antidiskriminierungsbehörde will nun das AGG ausweiten, wobei z.B. durchaus nachvollziehbar ist, den Diskriminierungsschutz auch auf staatliche Stellen ausweiten. Die politische Diskussion wird sich damit nun befassen müssen.

Robert Uhl, Rechtsanwalt